

A N T R A G

der Abgeordneten Olga Petersen, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak, Marco Schulz und Thomas Reich (AfD) vom 22.11.2023

Betr.: Vorrangige Betreuungsplatzvergabe an Kinder erwerbstätiger Eltern

In Deutschland gibt es nicht ausreichend viele Kita-Plätze, um die (gestiegene) Nachfrage zu decken. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fehlen im Jahr 2023 voraussichtlich bis zu 383.600 Plätze bundesweit. Davon entfallen 362.400 fehlende Kita-Plätze auf den Westen und 21.200 auf den Osten der Bundesrepublik.¹

In Hamburg gibt es noch immer zu wenige Kitaplätze, um die Nachfrage aller Familien zu decken. Rund 3.700 Kita-Plätze sollen laut Bertelsmann Stiftung in Hamburgs Kitas 2023 fehlen². Gemessen an den Betreuungswünschen fehlt im Jahr 2024 voraussichtlich eine erhebliche Anzahl an Plätzen. Das geht aus aktuellen Berechnungen hervor.

Um den berufstätigen Eltern in Hamburg zu helfen, muss diesen Familien der Vorzug bei der Kinderbetreuung gegeben werden. Es ist inakzeptabel, dass es in Hamburg Familien gibt, in denen beide Elternteile voll arbeiten müssen, um die monatlichen Ausgaben stemmen zu können und gleichzeitig trotz der hohen Steuerlast nicht einmal ein Betreuungsplatz für die Kinder garantiert ist.

Der Senat wird aufgefordert, hier entsprechende Verwaltungsvorschriften zu erlassen und finanzielle Förderungen bereitzustellen, um die Kitas zu motivieren, eine vorrangige Vergabe der Plätze an berufstätige Eltern zu garantieren. Auf diese Weise können wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und gleichzeitig die Qualität der Kinderbetreuung in Hamburg sichern.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

¹ <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2022/oktober/2023-fehlen-in-deutschland-rund-384000-kita-plaetze> aufgerufen 18.11.23

² <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Studie-Hamburg-fehlen-im-kommenden-Jahr-3700-Kita-Plaetze,kita1418.html#:~:text=Rund%203.700%20Kita%2DPlätze%20sollen,Stu-die%20rund%203.700%20Kita%2DPlätze.> aufgerufen 18.11.23

Der Senat wird aufgefordert,

1. auf eine Regelung hinzuwirken, dass die Kinder voll berufstätiger Eltern vorrangig Plätze in Kitas und bei der schulischen Ganztagsbetreuung erhalten;
2. die Kitas sollten dabei besonders finanziell gefördert werden, wenn sie sich zu einer vorrangigen Vergabe der Plätze an voll berufstätige Eltern verpflichten;
3. eine besondere Berücksichtigung sollen auch alleinerziehende und gesundheitlich schwer eingeschränkte Eltern finden;
4. der Bürgerschaft bis zum 31.03.2024 darüber zu berichten